

# Pulsnitzer Tageblatt

Heftpreis 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger  
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanzeufiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Marktstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 145

Mittwoch, den 25. Juni 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Textilwarenhändlers Otto Schmidt in Pulsnitz/Sa., Kurze Gasse 3, wird heute am 24. Juni 1930, vormittags 1/12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Buchhalter Richard Wendt in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. Juli 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Juli 1930, vormittags 9 Uhr — vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache absonderliche Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 14. Juli 1930 anzeigen.

Das Amtsgericht zu Pulsnitz, am 24. Juni 1930

Zur Abwendung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Martha Frida vhl. Gaudich geb. Hentschel in Großröhrsdorf, Inhaberin der unter der Firma August Hentschel in Großröhrsdorf betriebenen Wäsche- und Kleiderfabrikation und des unter derselben Firma betriebenen Schnittwarengeschäfts, wird heute am 24. Juni 1930, vormittags 9 Uhr, das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Termin zur Verhandlung über den von dem Schuldner gemachten Vergleichsvorschlag wird auf

Dienstag, den 22. Juli 1930, vormittags 9 Uhr vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

Zur Prüfung der Verhältnisse des Schuldners und zur Überwachung seiner Geschäftsführung sowie der Ausgaben für die Lebensführung des Schuldners und seiner Familie wird der Buchhalter Kurt Breitenhorn in Großröhrsdorf als Vertrauensperson bestellt. Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.

Amtsgericht Pulsnitz, am 24. Juni 1930.

## Das Wichtigste

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gegen 21 Uhr 30 in Berlin zur Heimfahrt nach Friedrichshafen gestartet, nachdem die Gasauffüllung und die Betriebsstoffübernahme in kürzester Zeit beendet waren.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Rangoon wurden bei einem Kampfe zwischen mehreren Häftlingen des Zentralgefängnisses und der Militärpolizei 2 Wachposten, 2 Militärpolizisten, 1 Chauffeur und 40 Gefangene getötet. Verletzt wurden 11 Wächter und 60 Gefangene.

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

### Durst und Hitze.

Durst und Hitze gehören zusammen. Durch die erhöhte Außentemperatur wird der menschliche Körper überhitzt; da er indessen eine Überhitzung nicht vertragen kann, so sucht er sich dagegen durch vermehrte Wasserabgabe, d. h. durch Schwitzen und die durch die Verdunstung des Schweißes entstehende Abkühlung zu schützen. Infolge der vermehrten Wasserabgabe stellt sich dann bei uns Menschen das Gefühl des Durstes, d. h. der Wunsch nach Erfrischung der verlorengegangenen Flüssigkeit, ein. Selbstverständlich vermag das Trinken, insbesondere kalter Flüssigkeiten, das oft qualende Durstgefühl zu beseitigen, aber meist sündigen wir dabei nach zwei Richtungen. Einmal wird gewöhnlich zu viel getrunken, d. h. durch die Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen wird nicht nur das momentane Durstgefühl beseitigt, sondern der Körper gezwungen, von neuem und in erhöhtem Maße Schweiß abzugeben. Das beste Mittel gegen den Durst wäre also, zu dursten. Da man solches aber natürlich niemandem zumuten kann, sei allen durstigen Seelen empfohlen, bei der Erfrischung des Durstes sparsam mit der Flüssigkeitsaufnahme zu sein. Auch vermeide man hastiges Trinken eisalter Getränke. Besonders, wenn der Magen leer ist, können eisalte Flüssigkeiten leicht Reizerscheinungen der Magenschleimhaut, Magen-Darm-Katarrhe u. dgl. mehr verursachen. Wichtig ist es, wenn schon eisalt getrunken werden muß, langsam und nur schlußweise zu trinken. Das billigste, bequemste Mittel zur Stillung des Durstes ist und bleibt natürlich Wasser, aber auch hier darf eine gewisse Vorsicht nicht außer acht gelassen werden; denn Wasser unbedenklicher Herkunft birgt nicht selten Krankheitskeime in sich, die zu Magen-Darm-Erkrankungen, ja selbst zu Typhus oder Paratyphus, führen können. Ueberdies ist der Genuß reinen Quellwassers im Gebirge. Von sonstigen durststillenden Flüssigkeiten sei besonders auf den Genuß von kaltem Tee oder Kaffee sowie auf die verschiedenen alkoholfreien Getränke, auf die durch gärungslose Früchteverwertung hergestellten Obstweine u. dgl. verwiesen. Alkohol ist nicht nur an sich schädlich, sondern er bildet Wärme und ist auch deshalb zur Durststillung ungeeignet. Mit dem Genuß kalter Milch sei man im Sommer gleichfalls vorsichtig. Rohe Milch ist vom gesundheitlichen Standpunkte aus zu verwerfen.

**Pulsnitz.** Bei der Reichsbahn werden die Entschädigungsanträge aus dem Beförderungsvertrag über Reisegepäck, Expressgut, Güter und lebende Tiere wegen Verlustes, Minderung, Beschädigung oder Verspätung über die großen Abfertigungsstellen zum Teil in eigener Zuständigkeit erledigt. Ab 1. Juli d. J. ist unter anderem auch der Bahnhof Pulsnitz ermächtigt, auf Anträge bis zum Betrag von 50 RM zu entscheiden, wenn an der Beförderung keine fremden Bahnen beteiligt sind.

## Berschwärzte Krise

Nachführung des Kabinetts — Die Vorschläge des Minister Dietrich — Ueber 6 1/2 Milliarden Befugungskosten

**Berlin, 25. Juni.** Unter der Ueberschrift: „Berschwärzte Krise“ schreibt die „Germania“ zu den letzten Verhandlungen um das Deckungsprogramm und der Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre, u. a.: Durch alle diese Vorgänge habe die Krise der deutschen Finanzpolitik eine außerordentliche Verschärfung erfahren und wenn nicht unverzüglich und mit aller Konsequenz gehandelt werde, dann bestehe die Gefahr, daß man in naher Stunde von einer Krise der deutschen Politik überhaupt sprechen könne. Das Kabinett sei sich dieser Gefahr bewußt. Es sei zum Handeln entschlossen und man dürfe annehmen, daß seine gestrige Sitzung in erster Linie dazu bestimmt gewesen sei, den Weg und die Methode dieses Handelns festzulegen. Wenn die Volkspartei aus der Regierung ausscheiden wolle, dann werde das Kabinett dies hinnehmen müssen, ohne außer Fassung zu geraten. Denkbar sei durchaus eine Regierung, die sich auch hierdurch nicht davon abhalten lasse, das zu tun, was im Interesse des Staates und der Ordnung unvermeidlich sei. Die Regierung habe eine Aufgabe, die erfüllt werden müsse. Wögen die parlamentarischen Verhältnisse in Reichsrat und Reichstag auch noch so schwierig liegen. Wenn jetzt zur Durchführung dieser Aufgabe die Frage eines Ermächtigungsgesetzes und auch die Anwendung des Artikels 48 erwogen werde, so darf man nur hoffen, daß uns dieser Weg erspart bleibe, daß er mit all seinen Konsequenzen sorgfältig geprüft und keine Möglichkeit außer Acht gelassen werde, die uns die Anwendung allerletzter Mittel erspare. Jedenfalls aber bestehe die dringende Notwendigkeit, sehr schnell entscheidende Beschlüsse zu fassen und es läge im allgemeinen Interesse, wenn das Parlament sich ihnen nicht verjagen würde.

### Die Kabinettsberatungen über den Deckungsplan

Das Reichskabinett hatte am Dienstag vormittag eine zweistündige Beratung, in der der Reichskanzler dem Kabinett die Vorschläge unterbreitete, die er für die Abänderung der Deckungsvorlagen mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich vereinbart hat.

Der Reichskanzler hat noch einmal Dr. Dietrich das Reichsfinanzministerium angeboten. Dr. Dietrich hat sich zur Uebernahme unter der Bedingung bereit erklärt, daß er sich mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts über eine gewisse Abänderung des Programms von Dr. Moldenhauer einigen könne. Offenbar will der zum Reichsfinanzminister ausersehene Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichskanzler an dem Notopferplan festhalten, aber, wieder unter gewisser Abänderung der preussischen Vorschläge, den Notopferbeitrag von 4 auf 2 1/2 Prozent ermäßigen.

Gleich nachdem das Kabinett auseinandergegangen war, fand eine Fraktionsitzung der Demokratischen Partei statt, an der der Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich teilnahm, um seiner Fraktion ausführlichen Bericht zu erstatten. Es handelte sich dabei um die Frage, ob eine Basis gefunden werden kann, auf der es dem Reichswirtschaftsminister möglich ist, sein Amt aufzugeben, um das Reichsfinanzministerium zu übernehmen.

### Nachführung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat zu einer Sitzung abends 8 Uhr zusammen, die bis in die späten Nachtstunden andauerte. Der bisherige Wirtschaftsminister Dietrich, der allgemein als der künftige Reichsfinanzminister angesehen wird, entwickelte sein Programm zur Sanierung der Finanzen. Die Lage hat sich insofern noch nicht geklärt, als der volksparteiliche Fraktionsführer Scholz dem Kabinett eine formulierte Stellungnahme seiner Partei überbrachte, die vorläufig noch geheim gehalten wird. Es steht indessen fest, daß der Gegensatz zwischen den Dietrich'schen Finanzwünschen und den Forderungen der Volkspartei fort dauert.

### Die Vorschläge Minister Dietrichs

**Berlin.** In den eingehenden Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Brüning und dem Minister Dietrich sind gewisse Abänderungen des Deckungsprogramms und vor allem des Notopfers erörtert worden. Dieses abgeänderte Deckungsprogramm steht nach dem „Börzen-Courier“ zunächst Abstriche im Etat in Höhe von 100 Millionen vor, wo bisher 50 bis 60 Millionen als Maximum bezeichnet worden waren. Der eine zeitlang erwogene Plan, den Fehlbetrag nicht voll abzudecken, ist fallen gelassen worden. Wohl nicht zuletzt auf Einwirkung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers. Dieser hält an der Auffassung Schachts fest, daß die schwebende Schuld des Deutschen Reiches in dem bisher vorgesehenen Maße abgetragen werden muß und diese Abtragung nicht neuerdings verzögert werden darf.

Die neue Form des Notopfers sieht folgende Regelung vor: Für die öffentlichen Beamten des Reiches soll von ihrem Bruttoeinkommen eine besondere Steuer von 3% nicht wie bisher beabsichtigt war von 4% — erhoben werden. Bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mark sollen die Beamten von dem Notopfer befreit bleiben. Dazu soll eine 5%ige Erhöhung der Einkommensteuer für alle Einkommen über 8400 Mark im Jahr treten. Während früher eine 4%ige Besteuerung des Bruttoeinkommens bloß der Privatangestellten beabsichtigt war, wird also jetzt ein 5%iger Zuschlag auf die Einkommensteuer selbst erhoben. Dietrich will es bei der Bedigenersteuer belassen, die 1% vom Bruttoeinkommen aller Unverheirateten betragen soll.

### Ueber 6 1/2 Milliarden Befugungskosten

**Berlin, 25. Juni.** Aus einer amtlichen Zusammenfassung ergibt sich, daß die Kosten der Rheinlandbesetzung vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 auf rund 6,6 Milliarden Mark belaufen. In diese Summe sind nicht einberechnet die persönlichen und sachlichen Aufwendungen des Reiches für die durch die Besetzung bedingten Reichsbehörden und sonstige Zuwendungen des Reiches für das besetzte Gebiet, wie sie in den Haushaltsplänen des laufenden und der vergangenen Jahre für kulturelle Fürsorge, Soargängerunterstützungen, Westprogramm usw. vorgesehen sind.

